

Kommentar Brunnhuber:

Die Europäische Akademie der Wissenschaften, Club of Rome sowie die Weltakademie der Wissenschaften, denen ich angehöre beschäftigen sich in mehreren Arbeitsgruppen mit dem Thema. Im folgenden einige Auszüge und Überlegungen, die ich mit zu verantworten habe. (Literaturauswahl am Ende):

1. Im Hinblick auf Nachhaltigkeitsziele, die für Deutschland, Europa und die Welt wichtig sind, wird immer wieder auf -vier- Lösungsvorschläge zurückgegriffen. Einmal auf eine aktive Bevölkerungspolitik. Dabei stehen Bildungsprogramme für die weibliche Bevölkerung, sogenannte ‚Women’s Health,-Kampagnien (Aufklärung, Verhütung, Hygiene), sowie eine gelenkte Immigration im Mittelpunkt. Zweitens die Stimulierung zusätzlichen Wachstums. Je nach politischer Überzeugung werden über Steuersenkungen, Staatsdefizite, Austerität und/oder Lohnsenkungen Wachstumsimpulse gesetzt, welche dann über einen ‚Trickling Down‘ der Bevölkerung zugutekommen, bzw. durch Transferleistungen in soziale und ökologische Projekte fließen sollen. Der Grundgedanke ist immer der Gleiche: Zuerst wachsen und dann umverteilen. Und Drittens, der Einsatz von erneuerbaren und alternativen Technologien. Diese Strategie ist von der Überzeugung getragen, dass ein ‚Green New Deal‘, das heißt die Investition in ressourcensparende Technologien mehr Arbeitsplätze schafft, die Umwelt durch Effizienzsteigerungen entlastet und so eine nachhaltige Zukunft ermöglicht. Und viertens der Verweis auf Institutionen, Gesetze, oder die Governance-Struktur eines Landes, welche allesamt unser globales Zusammenleben hinreichend einhegen, ordnen und verlässlich organisieren sollen. Nahezu alle Erzählungen, die von einem nachhaltigen Zusammenleben im Anthropozän berichten, folgen diesem vierteiligen Narrativ von Demographie - Wachstum - Technik - Governance.

Keiner der vier Strategien ist freilich falsch und alle vier sind wichtig, aber alle vier zeigen, dass die Deutungshoheit über unsere Zukunft vor allem durch die Ergebnisse der Ökonomie, der Epidemiologie, den Ingenieurwissenschaften und der Rechtswissenschaften hinreichend bestimmt wird. Damit wird von Anfang an der Argumentationspfad festgelegt, innerhalb dessen Lösungsvorschläge sichtbar werden. Das Standardargument lautet folglich: In dem wir weiter expansiv ökonomisch wachsen und den Zuwachs intelligent verteilen, eine gesteuerte Bevölkerungspolitik verfolgen, den Einsatz von erneuerbaren Technologien unterstützen und stabile - demokratische-, auf Gewaltenteilung aufgebaute und transparente faire Regeln vorliegen, werden wir das 2-Grad Ziel erreichen, unseren Wohlstand fair verteilen bzw. in einen nachhaltigen Entwicklungspfad einmünden, der die geoökologischen Grenzen respektiert.

Für alle vier Bereiche gelten jedoch von Anfang an eine Reihe von empirischen Einschränkungen: Eine aktive Bevölkerungspolitik muss sich mit dem Argument auseinandersetzen, dass innerhalb der nächsten 15 Jahre die globale Mittelschicht von heute 1,8 Mrd. auf 4,9 Mrd., also grob um den Faktor 3(!) ansteigen wird. 2/3 dieser Menschen werden in Asien leben. Mittelschicht bedeutet für globale Ressourcenströme einen Zuwachs an Mobilität, Fleischkonsum sowie haushaltsnaher Geräte, wie wir dies vom westlichen Wohlstandsmodell her kennen. ‚Mittelschicht‘ heißt aber auch, dass ihre Mitglieder mehr Erwartungen und mehr Forderungen an Bildung, Gesundheit und urbane Infrastruktur haben. So werden die nächsten 40 Jahre 75% der Weltbevölkerung in Städten leben. Von den dafür notwendigen 45 Megacities, sind 30 noch gar nicht gebaut. Und es bedeutet eine viel stärkere globale Abhängigkeit von einer arbeitsteiligen und spezialisierten Wertschöpfung als etwa in einer ländlichen Subsistenzwirtschaft. Dies korreliert dann mit einer Steigerung des

Weltsozialprodukts von derzeit circa 74 Billionen US-Dollar auf über 200 Billionen US-Dollar bis ins Jahr 2030.

Das Wachstumsargument sieht sich der Kritik ausgesetzt, dass wir in einer Welt mit endlichen Ressourcen und einem durchschnittlichen 3% globalen Wirtschaftswachstum weiterhin exponentiell wachsen wollen. Das heißt, trotzdem 3% im Jahr 2015 in absoluten Zahlen (gemessen in Gütern und Dienstleistungen) deutlich mehr ist als 10% Wachstum im Jahr 1955, reicht der Wachstumsimpuls offenbar nicht aus um unsere gegenwärtigen Bedürfnisse hinreichend zu befriedigen.

Drittens ist das Technologie-Argument der wachsenden empirischen Einsicht ausgesetzt, dass jede von Menschenhand entdeckte und umgesetzte Technologie zahlreichen Rebound-effekten ausgesetzt ist, welche die Effizienzgewinne, welche durch ihre Innovationskraft zum Markteintritt beigetragen haben, -zumindest teilweise- wieder neutralisieren wird. Mittlerweile sind über ein Dutzend solcher Rebound-effekte beschrieben worden. Hinzu kommt, dass der Anteil an erneuerbaren Energien in der Primärenergiebilanz bei derzeit 1,3% liegt und es weltweit keine (!) Technologie existiert, die als CO<sub>2</sub>-Senke zur Verfügung stehen könnte. Das Argument kann man an dieser Stelle noch verfeinern: Die Kosten für klimabedingte Umweltschäden werden mit 0,2 % des Weltsozialproduktes veranschlagt, das sind 250 Mrd. USD im Jahr. Wenn wir den aktuellen Stand der Technik mit den aktuellen internationalen Verträgen (2016-2030) konsequent umsetzen würden, kommen wir damit aber nur auf eine Klimareduktion um 0.05°C Grad bis ins Jahr 2100, anstatt der geforderten 2 Grad. Das ist so nicht sehr effizient. Effizienter wären Brückentechnologien, Anpassungsinvestitionen in die Klimaerwärmung, Veränderungen des Lebensstils und die Investition in Forschung und Entwicklung.

Neben Demographie, Wachstum, und Technik, gibt es zudem Begrenzungen der Governance-Struktur eines Landes. Es gibt keine verlässlichen empirischen Hinweise, dass Demokratie, Rechtsstaat und regulierter Markt der westlichen Welt, welche als Blaupause und Modell für den Rest der Welt erhalten sollen, global konsensfähig sind. Ich darf daran erinnern, dass die globale Governance Situation alles andere als eindeutig ist: Neben der westlichen Demokratien gibt es mindestens drei bis vier weitere politische Legitimationsformen: Autokratische Systeme wie etwa kommunitäre Autokratien (China), dann paternale Autokratien (Russland), tribale Autokratien wie etwa die Golfstaaten sowie die südamerikanischen Lesarten von Demokratien, in welchen Stabilität wichtiger ist als Partizipation. Alles Regierungsformen, in denen die Zustimmung in der Bevölkerung höher ist, als in meisten westlichen Demokratien. Golfstaaten, Russland, Brasilien, China haben ihre eigenen Vorstellungen von Demokratie, Meinungsbildung, politische Partizipation, Markt und Menschenrechte. Die Welt wird zur ‚no one’s world‘. Der ganze Vorgang wird noch dadurch verkompliziert, dass wir einen zeitnahen globalen Konsens benötigen würden, um all die Ziele zu erreichen die wir uns vorgenommen haben.

Wenn wir wirklich nur diesen Vierer-Schritt von Demographie - Wachstum - Technik- Governance folgen, schaffen wir uns ein gesellschaftliches Narrativ, welches vielmehr die Funktion zukommt eine unübersichtliche, aus der Kontrolle geratene und überkomplexe Realität mental zu kompensieren. Denn, wie soll das gehen? Wir wachsen 3% pro Jahr, erhöhen die globale Mittelschicht um das Dreifache, implementieren erneuerbare Energien, die nur einen Bruchteil der Primärenergie ausmachen, selbst multiplen Rebound-effekten ausgesetzt sind ohne Aussicht, dass sich daraus eine messbare Verringerung des Co<sub>2</sub> Ausstoßes erreichen liese und hoffen, dass unsere globalen Institutionen hinreichend Transferzahlungen generieren, um soziale und ökologische Projekte zu finanzieren. Nur zur Erinnerung: Wir müssten den Co<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2050 um mindestens 50% *reduzieren* und benötigen für die Finanzierung der 17 Nachhaltigkeitsziele 4-5 Bill USD (!) pro Jahr und die Wohlstandsschwere läuft ungebremst weiter auseinander.

2. Nachhaltigkeit und Finanzen: Ein Diskussion der Nachhaltigkeitsziele hat an mindestens zwei Stellen eine unmittelbare Beziehung zum Finanzsystem. Einmal geht es um die Frage der Finanzierung: in New York (2015) wie auch später in Addis Abeba (2016) wurden die einheitlichen Fragen wer und wie die Ziele finanziert werden sollen, mehr oder weniger ausgespart. Das ganze Unternehmen der SDG macht aber nur dann überhaupt Sinn, wenn gleichzeitig verbindlich geklärt wird wieviel Finanzvolumina notwendig sind und woher sie kommen sollen. Wenn diese Fragen nicht konsensfähig öffentlich geklärt werden, bleibt das Anliegen der SDG nur eine theoretische Trockenübung für ein akademisches Proseminar und die Politik verliert weiter an Glaubwürdigkeit. Die Größenordnungen die notwendig sind bewegen sich zwischen 2-8 Bill USD pro Jahr (!): Das sind im Mittel 7% des Weltsozialprodukts. Wir diskutieren in den Öffentlichkeit allerdings nur Größenordnungen von maximal 500 Mrd USD jährlich. Das ist um eine Größenordnung zu klein. Darüber hinaus ist auch jener kleinere Betrag global nicht konsensfähig, da wir uns als Weltgemeinschaft auf 0,7 % des BSP (Selbstverpflichtung) seit RIO geeinigt haben und auch jenen Betrag nicht zusammen bekommen. Wenn wir die Nachhaltigkeitsdebatte wirklich politisch diskutieren wollen und die aufgeklärte, besorgte und interessierte Bevölkerung mitnehmen wollen, müssen wir anfangen uns die Wahrheiten zu sagen. 7% sind aus der laufenden Wertschöpfung nicht abzuziehen, ohne dass die Weltwirtschaft kollabiert. Dennoch benötigen wir 7%. Und wir benötigen die 7% relativ rasch, nicht erst in 5 oder 10 Jahren. Woher soll diese zusätzliche Liquidität also kommen? Wir haben hierzu einige Vorschläge gemacht.

Zum anderen geht es noch grundlegender um die Stabilität de Finanzsystem, über welches die Nachhaltigkeitsziele finanziert werden sollen. Unser Finanzsystem ist die letzten 30 Jahre zunehmend volatiler geworden. Unser Geld- und Kreditsystem wirkt immer prozyklisch und verstärkt den realwirtschaftlichen Zyklus in beide Richtungen. Hinzukommt, dass das System zunehmend instabiler geworden ist: Seit 1950 gab es 186 Schuldenkrisen, 96 Staatsbanken Krisen und 180 Austritte aus Währungsunionen. In den vergangenen 40 Jahren lassen sich zudem über 425 Banken- und Währungskrisen aufaddieren. Das macht global gesehen mehr als zehn Ereignisse im Jahr. Solche Krisen sind teuer: Im Mittel geben wir als Steuerzahler mindestens 5-7 % zum BSP über 2-3 Jahre aus, um die Korrekturen wieder zu beheben. Die Krise 2008 stellte somit keine Ausnahme dar, sondern den Normalfall. Außergewöhnlich war indess, dass erstmals drei Viertel aller IWF-Mitglieder betroffen waren und es die finanzkapitalintensiveren Volkswirtschaften stärker traf als die Peripherie des Finanzsystems. Finanz-, Währungs- und Banken Krisen verschlechtern die Situation der öffentlichen Haushalte durch einen durchschnittlichen Schuldenzuwachs von 25 Prozent des Sozialprodukts über einen Zeitraum von ebenfalls drei Jahren hinweg. Nach einer konservativen Schätzung verursachte die Krise 2008 zehn Billionen US-Dollar – nur direkte Kosten. Nicht berücksichtigt sind indirekte Kosten wie Gesundheit oder Arbeitslosigkeit. Zusammengenommen heisst dies: Eine Nachhaltigkeitsdiskurs ohne Diskurs um eine Reform des Geld- und Finanzsystem wird nicht zielführend sein und vergibt sie die Möglichkeit die entscheidenden Hebel zur Veränderung.

Vor dem Hintergrund dieser empirischen Daten wird sich der Nachhaltigkeits-Diskurs in der BRD nicht nur mit der Frage einer effizienteren Nutzung von Ressourcen und deren Verteilung, sondern auch mit komplett anderen Finanzierungsstrategien (etwa Parallelwährungen, Green-QE), sowie mit Szenarien auseinandersetzen müssen, die man ‚Postwachstums-Szenarien‘ nennt. Ich bin mir bewusst, dass dies derzeit nicht in die politische Landschaft passt. Für mindestens 30 % der Bevölkerung in Europa wird es nicht mehr um MEHR, sondern um einen anderen Lebensstil gehen.

Die Textauszüge können in Teilen oder ganz mit meinem Namen veröffentlicht werden.

Stefan Brunnhuber  
MD PhD  
Endowed Prof. Nachhaltigkeit und Psychologie  
Senator Acad.(EASA)  
Fellow World Academy of Arts and Science (WAAS)  
Member Club of Rome (Austrian Chapter)  
[www.stefan-brunnhuber.de](http://www.stefan-brunnhuber.de)  
[www.euro-acad.eu](http://www.euro-acad.eu)



Referenzen: Auswahl:

Brunnhuber, S., Klimenta, H. 2003. "Wie wir wirtschaften werden – Szenarien und Gestaltungsmöglichkeiten zukunftsfähiger Finanzmärkte", 1. Bericht der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste, Frankfurt/Main, Überreuther-Verlag (gelistet in den Top-10 der Zukunftsliteratur 2003)

Lietaer B., Arnsberger Ch., Goerner S., Brunnhuber S. 2012/13. "Money and Sustainability-The Missing Link", aktueller Bericht des CLUB OF ROME an Finance Watch und die World Business Academy, Triarchy, GB

Brunnhuber S. 2014 „Der Neue Club of Rome Bericht-Geld und Nachhaltigkeit“ in Sächsische Hans Carl von Carlowitz Gesellschaft (Hrsg.), Carlowitz weiter denken, Menschen gestalten Nachhaltigkeit, Jahresschrift Band 2014, Oekom Verlag, München pp:63-91

Brunnhuber S. 2015, „How to Finance our Sustainable Development Goals (SDGs): Socioecological Quantitative Easing (QE) as a Parallel Currency to Make the World a Better Place“ Cadmus Vol2, Issue 5 Part 1,112-118

Brunnhuber S. 2016 „Die Kunst der Transformation- Wie wir lernen die Welt zu verändern“ Herder, München

Brunnhuber S. 2016 „Gesichter der Nachhaltigkeit“: <http://www.gesichter-der-nachhaltigkeit.de/gesichter/stefan-brunnhuber>

Brunnhuber S. 2016 Acht Erkenntnisse um uns und die die Welt zu verändern“ in [capital.de](http://capital.de), 25.6.2016:<http://www.capital.de/meinungen/id-8-erkenntnisse-um-uns-und-die-welt-zu-aendern.html>

Brunnhuber S., 2016 <http://werteundwandel.de/inhalte/das-neue-entsteht-im-denken-interview-mit-stefan-brunnhuber/>

Brunnhuber S., 2016, „Die Psychologie der Transformation“, 3,2016:12-17 Z.f. SUPERVISION